

# Bundesregierung setzt weiter auf politische Lösung

**BERLIN.** Die Bundesregierung hat sich grundsätzlich hinter den umstrittenen US-Luftangriff in Syrien gestellt, pocht aber auf eine politische Lösung auf UN-Ebene für das Bürgerkriegsland. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) teilte zusammen mit Frankreichs Präsident François Hollande mit, Syriens Machthaber Baschar al-Assad trage „die alleinige Verantwortung für diese Entwicklung“. Nach Ansicht von CDU-Verteidigungsexperte Henning Otte ist der US-Angriff eine wichtige Botschaft an Assad. „Klar ist: Dieser begrenzte gezielte Vergeltungsschlag ist ein wichtiges politisches Signal an die Machthaber in Syrien, den Kurs zu wechseln“, sagte der Celler. Der Einsatz von Giftgas sei ein abscheulicher Verstoß gegen das Völkerrecht. „Diese rote Linie ist erneut überschritten worden.“

Merkel beriet gestern mit Außenminister Sigmar Gabriel und SPD-Chef Martin Schulz über die Lage. Regierungssprecher Steffen Seibert

sagte, die Regierung setze sich geschlossen für einen politischen Übergang in Syrien und eine demokratische Beendigung der Regierung von

Präsident Assad ein.

Die US-Regierung habe das Kanzleramt und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) von dem

bevorstehenden Angriff informiert, erklärte Seibert. Merkel selbst sei in der Nacht von der Verteidigungsministerin und ihrem sicherheitspolitischen Berater Christoph Heusgen zeitnah unterrichtet worden. Seibert forderte für die Regierung erneut eine möglichst sofortige Untersuchung der Vereinten Nationen (UN) über die Urheber des „Chemiewaffen-Massakers“ in der syrischen Provinz Idlib – ohne Bedingungen aus Damaskus.

Von der Leyen betonte, schon 2013 hätten die UN eindeutig festgestellt, dass Assad Chemiewaffen gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt habe. „Es kann nicht sein, dass in Idlib wieder Chemiewaffen eingesetzt wurden und die Welt nur zuschaut.“ Gabriel sagte am Rande seiner Mali-Reise: „So nachvollziehbar nach dem Versagen des Weltsicherheitsrats der Militäreinsatz der USA gegen die militärische Infrastruktur auch war, so entscheidend ist es jetzt, zu gemeinsamen Friedensbemühungen unter dem

Dach der UN zu kommen.“ Er forderte Russland auf, seinen Einfluss geltend zu machen. „Natürlich ist Russland besonders gefordert, denn Russland unterstützt das Assad-Regime.“

Der SPD-Vorsitzende und Kanzlerkandidat Martin Schulz erklärte: „Mit den amerikanischen Luftschlägen der vergangenen Nacht sollte die Fähigkeit des Assad-Regimes, weitere Kriegsverbrechen zu begehen, eingeschränkt werden. Für uns alle muss klar sein: Wir brauchen jetzt umso drängender eine diplomatische Lösung des Konflikts.“ Dass der UN-Sicherheitsrat nicht in der Lage gewesen sei, eine klare Antwort zu formulieren, „ist mehr als beunruhigend“. Europa müsse nun „mehr Verantwortung übernehmen - politisch, nicht militärisch“.

Die Linken-Politiker Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch kritisierten die US-Attacke. Der völkerrechtswidrige Angriff entferne Syrien von einer Friedenslösung und lasse den IS jubeln, teilten die beiden Fraktionsvorsitzenden mit. (dpa)

## US-Angriff gegen syrischen Luftwaffenstützpunkt

Die US Marine hat 50 Marschflugkörper des Typs BMG 100 Tomahawk auf einen Stützpunkt der syrischen Streitkräfte abgefeuert. Der Angriff erfolgte von Kriegsschiffen im Mittelmeer.

